

POSTULAT

**der Grossräte Aron Pfammatter (Suppl.), CVPO, und Daniel Studer (Suppl.), CVPO,
betreffend Dezentralisierung der kantonalen Verwaltung – wo stehen wir heute?
(15.06.2012) 6.027 (in Zusammenarbeit mit dem DFIG und dem DVBU)**

Mit Interpellation vom 11. Mai 2011 haben wir dem Staatsrat zum vorliegenden Thema verschiedene Fragen gestellt, so insbesondere die Frage, bei welchen Verwaltungseinheiten eine Dezentralisierung in Frage kommt und in welchem Zeitrahmen diese verwirklicht werden könnte. Diese Frage konnte vom Staatsrat nicht befriedigend beantwortet werden.

Gemäss der Antwort des Staatsrats arbeiten 16% des Staatspersonals im Oberwallis, 61% im Mittelwallis und 22% im Unterwallis. Diese Zahlen umfassen jedoch auch parastaatliche Gebilde, welche nicht zur eigentlichen Verwaltung im engeren Sinne zählen, und geben deshalb ein verfälschtes Bild über den Stand der Dezentralisierung der Kantonsverwaltung ab.

Wir weisen darauf hin, dass die Stellen der eigentlichen Kantonsverwaltung durch Steuergelder aus allen drei Regionen finanziert werden. Entsprechend ist bei der Ansiedlung dieser Stellen eine dezentrale Verteilung anzustreben.

Schlussfolgerung:

Wir fordern den Staatsrat deshalb auf, diesbezüglich detaillierte Zahlen vorzulegen, auf deren Grundlage eine Dezentralisierung der eigentlichen Kantonsverwaltung bewerkstelligt werden kann.

Sitten, 15. Juni 2012
(12.00 Uhr)

Aron Pfammatter, Grossrat (Suppl.), CVPO
Daniel Studer, Grossrat (Suppl.), CVPO